

Sprechzettel Staatssekretärin Silke Schneider

- Gemeinsame Sitzung Finanz- und Umwelt/Agrarausschuss am 10.10. 2015 14:00 Uhr

Kontinuität und Fortsetzung der begonnenen Schwerpunktsetzungen sind die Leitgedanken des HH-Entwurfes 2017 für den Einzelplan 13. Vor diesem Hintergrund möchte ich einige politisch bedeutsame Projekte herausgreifen:

Landesprogramm Ländlicher Raum (LPLR, ELER)

Das neue ELER-Programm LPLR ist das zentrale Förderinstrument meines Hauses für den ländlichen Raum. Ich bin froh, dass wir das Vorgängerprogramm ZPLR erfolgreich abgeschlossen haben. Wegen der so genannten „n+2-Regelung“ konnten noch restliche ELER-Mittel bis Ende 2015 ausgegeben werden. Das haben wir erfolgreich getan, das Programm ist abgeschlossen und die Schlussrechnung der EU-Kommission vorgelegt (Punktlandung: 300,4 von 302,2 Mio. € verausgabt; entspricht 99,4%).

Jetzt konzentrieren wir uns auf das LPLR, das vor gut einem Jahr genehmigt wurde (Juni 2016). Wir haben nach dem Finanzplan des genehmigten Programms 2017 insgesamt 70,45 Mio. ELER-Mittel zur Verfügung. Im Haushaltsentwurf ist wie in den Vorjahren eine Liste mit allen 31 ELER-Maßnahmen beigefügt, um die Übersicht über die Veranschlagung in den Ausgabetiteln zu erleichtern (Seite 187).

Das LPLR ist das Rückgrat der Förderpolitik meines Hauses: Vertragsnaturschutz, Ökolandbau, Küsten- und Hochwasserschutz, AktivRegionen, Bildung und Beratung, Europäische Innovationspartnerschaften (EIP) – nahezu alle politisch wichtigen Förderbereiche wären ohne ELER-Mittel nicht zu bedienen.

Die Kofinanzierung dieser Mittel hat daher eine wichtige Priorität. Sie erfolgt über die Gemeinschaftsaufgabe (GAK, z.B. Küstenschutz, Ökolandbau) oder über Landesmittel (hier überwiegend Wasserabgabemittel). Erstmals sind auch so genannte umgeschichtete ELER-Mittel (von der 1. in die 2. Säule) in vollem Umfang veranschlagt, die wir nicht

kofinanzieren müssen. Diese Mittel haben wir in wenigen landwirtschaftsnahen Maßnahmen konzentriert (Ökolandbau, Vertragsnaturschutz, landwirtschaftliche Investitionsförderung – AFP, Ausgleichszulage, landwirtschaftliche Beratung, EIP).

Das LPLR ist gut angelaufen. Die meisten Maßnahmen werden gut angenommen. Und gerade bei den mir wichtigen landwirtschaftlichen Flächenmaßnahmen Ökolandbau und Vertragsnaturschutz zeichnet sich bereits jetzt ein erhöhter Finanzbedarf ab. Ich werde mich deshalb dafür einsetzen, die Umschichtungsrate von der 1. in die 2. Säule im nächsten Jahr deutlich zu erhöhen (derzeit 3,5 %).

Sicherung der Qualität des gesundheitlichen Verbraucherschutzes

(1319 MG 03 Landeslabor, HH-Titel 1319 685 01 Zuschuss zum laufenden Betrieb (HH-Entwurf S.140) u. 1319 685 07 Personalkostenzuschuss (HH-Entwurf S. 141))

Die Stärkung des Landeslabors als zentrale Einrichtung für den gesundheitlichen Verbraucherschutz ist mir ein wichtiges Anliegen. Wir tun das auf zwei Wegen: zum einen investieren wir in Gebäude und Analysetechnik. Zum anderen erhöhen wir den Zuschuss zu den laufenden Kosten, um eine verbesserte Aufgabenerledigung zu ermöglichen.

Im HH-Entwurf 2017 wird der Zuschuss an das Landeslabor um 1,5 Mio. Euro erhöht. Dieser Betrag enthält Personal- und Sachkostensteigerungen und soll in erster Linie dazu dienen, das jährliche Probenvolumen zu erhöhen und damit den gesundheitlichen Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein weiter stärken. Darüber hinaus dient der erhöhte Zuschuss dazu, Umsatzrückgänge aus bestimmten Massenuntersuchungen (insbesondere BSE) zu kompensieren und die Erledigung neuer Aufgaben (Antibiotika-Kontrollen entsprechend der 16. Novelle des Arzneimittelgesetzes) abzusichern.

Investitionen in neue Labortechnik werden durch das IMPULS-Programm mit 1,5 Mio. € finanziert. Die Mittel fließen teilweise bereits in diesem Jahr, der Rest im HH-Jahr 2017.

Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie

(HH-Titel 1312 531 06 Maßnahmen zur Umsetzung immissionsschutzrechtlicher EU-Richtlinie im MELUR ; HH-Entwurf S. 21)

Die Umsetzung der europäischen Umgebungslärmrichtlinie ist vor allem für die kleineren Städte und Gemeinden (unter 20.000 Einwohnern) eine schwierige Herausforderung. Zurzeit läuft die dritte Phase der Umsetzung und wir haben (wie bei den vorherigen Phasen) in diesem Jahr begonnen, die kleineren Kommunen bei der Umsetzung zu unterstützen (z.B. durch zentrale Ausschreibung und Durchführung der Kartierung). Im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr wurde der Ansatz für den Haushalt 2017 um 120 T€ auf 230 T€ erhöht. Dieser erhöhte Ansatz ist für die Aufbereitung der Daten der Lärmkartierung und für die Berichterstattung an die EU sowie für die Unterstützung der Gemeinden bei der Lärmkartierung und Aktionsplanung notwendig. Es handelt sich um eine freiwillige Leistung des MELUR für die kleinen Kommunen, die allerdings auch die Qualität der Umsetzung verbessert. Mit der Aktion wurde in diesem Jahr begonnen, 2017 wird das Jahr mit den höchsten Ausgaben sein.

Sicherung des Genbestandes schleswig-Holsteinischer landwirtschaftlicher Nutzierrassen

(im HH-Titel 1317 684 31 Tierproduktion ; HH-Entwurf S. 119)

Die genetische Basis der heute in der Landwirtschaft genutzten Haustierrassen ist schmal geworden. Deshalb ist die Sicherung des genetischen Reichtums der alten Haustierrassen eine wichtige Herausforderung, die staatliches Handeln erfordert. Geplant ist die Einrichtung einer bundesweiten Genbank für landwirtschaftliche Nutzierrassen, an der sich alle Bundesländer beteiligen werden (Bund-Länder-Vereinbarung vom Dezember 2015). Als erster Schritt werden zunächst für die wichtigsten schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Nutzierrassen Kryokonserven gebildet, die dauerhaft beim Friedrich-Loeffler-Institut (FLI) in Mariensee eingelagert werden. Dafür werden Mittel in Höhe von 102 T€ in den Haushalt eingestellt.

Ziele der einzurichtenden Genbank sind:

- die langfristige Erhaltung und Lagerung von genetischem Material einheimischer Nutztiere mit der Möglichkeit zur künftigen züchterischen Verwendung,
- die Lagerung und Bereitstellung von genetischem Material zur Unterstützung von Erhaltungszuchtprogrammen,
- die Bereitstellung von genetischem Material für Forschungszwecke und
- der internationale Austausch von genetischem Material zu Forschungs- und Sicherungszwecken

Durch die Maßnahme wird eine zentrale Forderung des so genannten Nagoya-Protokolls umgesetzt. Dabei handelt es sich um ein 2010 beschlossenes internationales Umweltabkommen zur Umsetzung der Ziele der UN-Konvention über biologische Vielfalt. Mit der Ratifizierung dieses internationalen Umweltabkommens am 14. Juli 2014 durch die EU wird der Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile sichergestellt. Außerdem werden durch die Genbank bestimmte Aufgaben im Rahmen des Weltaktionsplans für tiergenetische Ressourcen (Global Plan of Action for Animal Genetic Resources, GPA) der Welternährungsorganisation FAO wahrgenommen.

Erhebung von Daten zum tieferen Untergrund in Schleswig-Holstein:

(HH-Titel 1318 533 04, Untersuchungen zu Energierohstoffen und potenzialen des tiefen geologischen Untergrundes, HH-Entwurf S. 125)

Wir wollen im kommenden Jahr damit beginnen, die Datengrundlage des Untergrundes Schleswig-Holsteins systematisch zu verbessern und digital aufzubereiten. Die vorhandene Datenlage ist lückenhaft und es handelt sich überwiegend um schwer handhabbare ‚analoge‘ Daten. Für den Zeitraum 2017 bis 2020 werden jährlich jeweils 355,0 T€ für die Untersuchung und landesweite Aufbereitung und Bereitstellung von Daten zum tieferen Untergrund und deren Potenzialen sowie der Bewertung, Ableitung und Darstellung von Grundlageninformationen bereitgestellt. Die Aufgabe soll von der Abteilung 6 „Geologie und Boden“ im LLUR wahrgenommen werden.

Über die vorgenannten Punkte hinaus werden die in den letzten Jahren initiierten politisch relevanten Projekte wie beispielsweise

- Förderung des FÖJ,
- Wolfsmanagement,
- Biotopkartierung,
- verbesserte Förderung des Ökolandbaus und
- Umsetzung der Meeresstrategierahmenrichtlinie (MSRL) 2017

in vollem Umfang fortgeführt

1.